ener gate messenger

... besser informiert.

TOP



Die MET Group hatte Anfang dieses Jahres bekannt gegeben, dass sie sich beim einzig privaten LNG Terminalbetreiber Deutsche Regas Umschlagkapazitäten für Lubmin gesichert hat. (Deutsche Regas)

GASBESCHAFFUNG

Schweizer MET beschafft LNG für Stadtwerke

Frankfurt (energate) - Der Schweizer Gashändler MET will LNG-Tanker für Stadtwerke und Industriekunden nach Lubmin lotsen. "Wir sind derzeit mit vielen LNG-Produzenten aus aller Welt in Kontakt und sprechen intensiv mit unseren Kunden", sagte der CEO der MET Germany, Jörg Selbach-Röntgen, im Interview mit energate. Läuft es gut, könnten erste Verträge bereits im Herbst unterschrieben sein. Wie energate aus dem Markt erfahren hat, präferiert das Gros der Industrieunternehmen in Deutschland derzeit amerikanisches LNG. Jörg Selbach-Röntgen dazu: "Das dürfte erstens an der Stabilität der Region und zweites am ungebrochenen Vertrauen auf den Henry Hub als Index liegen."

Seit zwei Jahren ist das Schweizer Unternehmen in Frankfurt vertreten, dazu hatte es im Jahr 2020 Teile der Gas-Union übernommen, inklusive Gasspeicher. Der Start am deutschen Gasmarkt fällt damit in die Zeit des Umbruchs. Nach dem Ausbleiben der russischen Pipelinelieferungen und dem berühmten Besuch von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck beim Emir von Katar sortiert sich die Gasbeschaffung neu. Die MET Group hatte Anfang dieses Jahres bekannt gegeben, dass sie sich beim einzig privaten LNG-Terminalbetreiber Deutsche Regas Umschlagkapazitäten für Lubmin gesichert hat. Bei den fünf staatlich angemieteten FSRU gibt es bisher keine Möglichkeiten, hier haben - zeitlich begrenzt bis März 2024 - RWE und Uniper sowie EnBW/VNG exklusiven Zugang. Auf der Kundenseite hat MET inzwischen eine Reihe von größeren Stadtwerken und Industrieunternehmen

INHALTSVERZEICHNIS ★ TOPMELDUNG Schweizer MET beschafft LNG für Stadtwerke Wirtschaftsministerium startet Programm für Klimaschutzverträge 2 Wasserstoffstrategie frühestens im Juli im Kabinett 4 EU-Vorgaben zu alternativen Kraftstoffen "demnächst" 4 **INTERNEHMEN** Wemag profitiert von Großhandelspreisen und investiert kräftig 4 VKU: Lobo soll auf Götz folgen 5 Ex-RWE-Chef Schmitz leitet Encavis-Aufsichtsrat 5 Yello wird Payback-Partner 6 Erneuerbaren-Verband will Mengenförderung 6 BDEW fordert bessere Bedingungen für Agri-PV 6 "Wir werden unseren Stromertrag aus PV-Dachanlagen verzwanzigfachen" Regelleistung und abschaltbare Lasten in der Konsultation **♦** GAS & WÄRME Zwischenlösung für Wasserstoffbeimischung in Heide 8 Hansewerk tritt Ines bei 8 Heizen um bis zu elf Prozent teurer 8 Polnischer Netzbetreiber setzt auf Wasserstoff und CCS 9 Storengy vermarktet zwei Gasspeicherprodukte 9 * NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN Neue Prosumer-Lösung als White Label 10 Daimler gründet Tochter für Flottenelektrifizierung "Die Digitalisierung der Netzinfrastruktur muss oberste Priorität haben" 10 Gutachten erhebt Vorwürfe gegen Wien Energie 11 Gewessler: SPÖ soll Blockade im Nationalrat beenden 11 Bundesregierung will Stromkunden stärker unterstützen 12 Verdreifachung bei PV-Ausbau in Niederösterreich 12 Polizei testet Einsatz von E-Autos 12

eingesammelt, die gerne 10 bis maximal 40 Prozent LNG in ihr Portfolio aufnehmen wollen. Die Gesamtmenge bezifferte der CEO auf 180 TWh. Gewünscht ist eine durchschnittliche Laufzeit von

Weitere Meldungen aus Ihren individuellen Add-ons

♥ ♠ * ADD-ON INHALTE

zehn Jahren, in Einzelfällen 12 bis 13. Den Produzenten wären längere Zeiträume von bis zu 20 Jahren lieber. Das heißt, es liegt noch ein Stück Arbeit vor Selbach-Röntgen und seinem Team, um eine gute Lösung für beide Seiten zu erreichen.

Eigentlich hatte sich der Gasmarkt von derart langfristigen Vertragsbindungen, die früher in Zeiten von Ölindizes völlig normal waren, verabschiedet. Selbach-Röntgen sieht aber durchaus Vorteile bei der Planbarkeit. "Solange es in Deutschland keine abgeschlossenen Verträge gibt, die über kurze Laufzeiten hinausgehen, werden wir als Markt am Fliegenfänger des asiatischen Marktes hängen", sagte er zu energate. Aktuell befindet sich der Gashandel zwar auf Talfahrt, die psychologisch wichtige 30-Euro-Marke wurde gerissen - unter anderem, weil viele LNG-Tanker in Europa ankommen, anstatt wegen besserer Gebote nach Asien abzudrehen. Das könnte sich aber schnell wieder drehen, sobald die Gasnachfrage konjunkturbedingt oder zu Kühlungszwecken wieder anzieht. Risiken, die früher größtenteils der Lieferant trug, muss heute auch der Kunde nehmen. Damit ändert sich auch das Aufgabenfeld der Gashändler, der Beratungsbedarf steigt deutlich.

Ausphasen von LNG vorbereiten

Die MET Germany bereitet sich heute auf die postfossile Zeit vor. Das Ausphasen von LNG wolle sein Unternehmen ebenfalls begleiten, erläuterte Selbach-Röntgen. Dafür stimmen in seinen Augen

allerdings die Rahmenbedingungen nicht. Ipcei-Projekte oder ein Wasserstoff-Startnetz würden nicht ausreichen, um grüne Gase nach Deutschland und Europa zu bringen. "Verbindliche Quoten zur Beimischung von grünem Wasserstoff würden im Rahmen des Wasserstoff-Hochlaufs für alle Seiten Planungssicherheit schaffen und damit die Kosten für die Industrie verdaulich machen", wirbt der CEO. Er gab sich zuversichtlich, dass in Berlin ein Umdenken einsetzen könnte. /mt

Von Michaela Tix

m POLITIK

INDUSTRIFPOLITIK

Wirtschaftsministerium startet Programm für Klimaschutzverträge

Berlin (energate) - Das Bundeswirtschaftsministerium startet ein vorbereitendes Verfahren für das Förderprogramm Klimaschutzverträge (Carbon Contracts for Difference). Innerhalb von zwei Monaten müssen Unternehmen, die an der kommenden Auktion teilnehmen wollen, Informationen über ihre Projekte einreichen. Dies ist für das Wirtschaftsministerium Voraussetzung für das Gebotsverfahren. Eine erste Auktion soll noch in diesem

Let's **start** with

Wir machen BESS – stationäre Energiespeicher von höchster Qualität. Denn sichere, langlebige und hocheffiziente Batterien sind der Grundpfeiler für ein stabiles Netz und günstige Energie.

Treffen Sie uns auf "THE smarter E" vom 14 bis 16 Juni in München, Halle C2 Stand 520.







Jahr stattfinden. Geplant sind Klimaschutzverträge im mittleren zweistelligen Milliardenbereich, teilte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) auf einer Pressekonferenz mit. Allerdings gebe es noch Verhandlungen zum Haushalt, schränkte er ein. Auch die EU-Kommission muss die Pläne noch absegnen.

Grundsätzlich sollen Unternehmen aus besonders energieintensiven Branchen wie beispielsweise Stahl-, Zement-, Papier- oder Glasindustrie in den Bieterwettbewerb um die Klimaschutzverträge treten. Die Unternehmen müssen angeben, wie viel staatliche Unterstützung sie benötigen, um mit ihrer neuen Technologie eine Tonne CO2 zu vermeiden. Schließlich erhalten nur diejenigen Unternehmen den Zuschlag für einen Klimaschutzvertrag, die besonders günstig ihre Produktion umstellen. Den geförderten Unternehmen gleicht der Staat dann die Mehrkosten der klimafreundlichen Anlage im Vergleich zur konventionellen Anlage aus. Wenn die klimafreundliche Produktion später günstiger wird als die konventionelle, soll sich die Zahlung umkehren: Die geförderten Unternehmen zahlen dann Mehreinnahmen an den Staat.

Habeck sieht Deutschland als Vorreiter

Das Wirtschaftsministerium will Unternehmen so auch ein Stück weit gegen Preisschwankungen und andere Risiken absichern. Das Gebotsverfahren mit einer festen Summe begrenzt die Zahl der Angebote. Habeck sprach von einem "industriepolitischen Ausrufezeichen" und einem "atmenden Instrument", das den Unternehmen Investitionssicherheit biete. Deutschland sei damit Vorreiter, nur in den Niederlanden gebe es bislang etwas Ähnliches. Nach dem überarbeiteten Entwurf der Förderrichtlinie stehen die Klimaschutzverträge nun auch Unternehmen mit kleineren Produktionsanlagen offen, die mindestens 10.000 t CO2 ausstoßen. Damit stehe das Instrument auch mittelständischen Unternehmen offen, betonte Habeck.

Die Laufzeit der Verträge beträgt 15 Jahre. Dies orientiere sich an Finanzierungszeiträumen der Privatwirtschaft, heißt es in der Förderrichtlinie. Dadurch erhielten die Unternehmen einerseits Planungssicherheit für den Bau großer Industrieanlagen. Andererseits könnten dadurch private Investoren neben dem Staat klimafreundliche Anlagen mitfinanzieren. Überdies komme es bei einer längeren Laufzeit eher zu Rückzahlungen. Unabdingbare Voraussetzung ist, dass der Strom, der zur Industrieproduktion genutzt wird, zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien erzeugt wurde.

Anpassungen der Förderrichtlinie nach Kritik

Aber auch Wasserstoff darf eingesetzt werden, wenn dieser die Kriterien der EU-Taxonomie erfüllt. Somit würde auch blauer Wasserstoff dazugehören, allerdings fällt die Förderung dann im Vergleich zum grünen Wasserstoff geringer aus. Auch Wasserstoffderivate sind erlaubt. Hier ist das Grünen-geführte Wirtschaftsministerium offenbar der FDP entgegengekommen, die lange Vorbehalte gegen die hohen Subventionen für die energieintensive Industrie gezeigt hatte. Unabhängig von den anstehenden Haushaltsverhandlungen hat das FDP-geführte Finanzministerium dem Konzept der Klimaschutzverträge nun aber offenbar zugestimmt.

Habeck hofft, dass die Klimaschutzverträge helfen, 350 Mio. t CO2 bis 2045 einzusparen. Darüber hinaus sollen sie dazu beitragen, dass "grüne Leitmärkte" entstehen und klimafreundliche Technologien marktfähig werden. Auch hofft der Wirtschaftsminister auf einen Impuls für den Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur. Ob dies wirklich so gelingt, ist allerdings umstritten. Noch im Februar hatte der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums vor Klimaschutzverträgen gewarnt. Sie seien ein tiefer Eingriff des Staates in die Produktionsentscheidungen der Unternehmen. Auch könnten sie sehr teuer werden und sollten nur zur Anschubfinanzierung von Pilotprojekten verwendet werden. Eine Studie der Freiburger Denkfabrik Centrum für Europäische Politik bezifferte die Kosten zur Dekarbonisierung der europäischen Stahlindustrie kürzlich auf jährlich rund 3 Mrd. Euro in Deutschland und 10 bis 12 Mrd. Euro für alle EU-Staaten.

Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates hatten zudem fehlenden Wettbewerb um die Klimaschutzverträge bemängelt. Durch die Einführung des Auktionsmodells ist Habeck den Kritikern aber an dieser Stelle entgegengekommen. Ab dem 6. Juni können Unternehmen nun Informationen zu den von Ihnen geplanten Vorhaben einreichen. /ck Von Carsten Kloth

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

enerlgate gmbh Norbertstraße 3-5 D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811 Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500 kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen Telefon: +49 201 1022-500 redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten Telefon: +41 62211-6307 redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels Telefon: +49 201 1022-516 Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- \in (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

 $\textbf{Haftungsausschluss \& Copyright:} \ \textbf{S\"{a}mtliche Informationen}$ des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

+++ KURZ NOTIERT +++

Wasserstoffstrategie frühestens im Juli im Kabinett

Berlin (energate) - Der Beschluss der überarbeiteten Nationalen Wasserstoffstrategie lässt weiter auf sich warten. Laut einer der Redaktion vorliegenden aktuellen Zeitplanung von Anfang Juni des Bundeskabinetts kommt die Verabschiedung frühestens im Juli in Betracht und rückt damit erneut einen Monat nach hinten. Entwürfe des Dokuments, mit dem die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2021 vereinbarten höheren Ausbauziele für die Wasserstoffproduktion in Deutschland umsetzen will, kursieren bereits seit Monaten. An der Strategie sind mehrere Ministerien beteiligt, darunter das Wirtschafts-, das Forschungs- und das Umweltressort. /kw

VERKEHRSWENDE

EU-Vorgaben zu alternativen Kraftstoffen "demnächst"

Luxemburg (energate) - Die strengeren EU-Vorgaben zur Senkung der Emissionen im Verkehr rücken näher. Diese sehen den Einsatz alternativer Kraftstoffe zu Land, Wasser und in der Luft sowie den Bau von Ladeinfrastruktur vor. Die betreffenden EU-Vorschriften könnten "demnächst" verabschiedet werden , teilte der schwedische Verkehrsminister Andreas Carlson in Luxemburg mit. Carlson ist zurzeit der Vorsitzende des EU-Verkehrsministerrates. Konkret geht es dabei um die Verordnung für alternative Kraftstoffe (Afir) sowie die zwei Verordnungen für nachhaltige Treibstoffe im See- und im Flugverkehr: "FuelEU-maritime" und "ReFuelEU aviation".

EU-Parlament und -Rat hätten nach ihren Verhandlungen schließlich ausgewogene Kompromisse geschlossen, so Carlson. EU-Verkehrskommissarin Adina Valean äußerte sich zufrieden zu den Verhandlungsergebnissen. Sie hoffe, dass das Annahmeverfahren nun schnell abgeschlossen werde. Die Afir-Verordnung sieht

verbindliche nationale Mindestziele für den Aufbau von Ladeinfrastruktur und alternativen Tankstellen vor. So sollen bis 2026 beispielsweise auf den europäischen Hauptverkehrsachsen mindestens alle 60 Kilometer Ladestationen für E-Autos mit einer Leistung von mindestens 400 kW stehen.

Erstes CO2-Reduktionsziel bei 2 Prozent

Schiffe sollen künftig mehr erneuerbare und kohlenstoffarme Kraftstoffe nutzen. Dazu soll die Menge des erlaubten CO2-Ausstoßes schrittweise sinken: ab 2025 um zwei Prozent. Ziel ist eine Reduktion von 80 Prozent im Jahr 2050. Ähnliches ist für den Flugverkehr geplant, um den Anteil synthetischer Kraftstoffe zu erhöhen, etwa Biokraftstoffe aus land- oder forstwirtschaftlichen Reststoffen. So sollen ab 2025 mindestens zwei Prozent der Flugkraftstoffe nachhaltig sein, 2050 dann 70 Prozent. /rl/dz

Von Rainer Lütkehus



UNTERNEHMEN

JAHRESBILANZ

Wemag profitiert von Großhandelspreisen und investiert kräftig

Schwerin (energate) - Die rapide wachsenden Netzanschlussbegehren gehören auch für die Wemag zu den wohl größten gegenwärtigen Herausforderungen. Anträge für PV-Anlagen mit 16.000 MW zählt der ostdeutsche Regionalversorger aktuell. Um dem Wandel der Infrastruktur auf der Verteilnetzebene zu begegnen, nimmt das Unternehmen viel Geld in die Hand. In den kommenden knapp sieben Jahren bis 2030 will die Wemag rund 660 Mio. Euro in die Ertüchtigung und Erweiterung ihrer Netze investieren, gab das Management anlässlich der Veröffentlichung der jüngsten Geschäftsbilanz bekannt. Weitere 235 Mio. Euro seien für den Ausbau der hauseigenen Erneuerbarenkapazitäten gedacht, hieß es weiter.



Uniting Our Energy: **Business & Brand**

WINGAS & astora werden Teil der Marke SEFE.



Aktuell verfügt die Wemag über Windparks mit mehr als 60 MW und PV-Anlagen mit mehr als 11 MW, zudem ist das Unternehmen unter anderem über die Thüga mittelbar an weiteren Erneuerbarenanlagen beteiligt. Im Energiekrisenjahr erwiesen sich diese Kapazitäten und Beteiligungen als besonders wertvoll. Der Bilanz zufolge kletterte der Jahresüberschuss der Wemag-Gruppe im Geschäftsjahr 2022 um rund 73 Prozent auf 41,3 Mio. Euro. "Das gute wirtschaftliche Ergebnis ergibt sich allein aus den Erlösen für erneuerbare Energien, das heißt aus den hohen Börsenstrompreisen", resümierte der kaufmännische Vorstand der Wemag, Caspar Baumgart. Ergebnistreiber war die Direktvermarktung der eigenen Anlagen und die Vermarktung für Dritte. Der Mehrertrag habe sich "nicht aus dem Stromvertrieb und auch nicht aus den notwendigen Preiserhöhungen insgesamt" ergeben, stellte die Wemag auf energate-Nachfrage klar.

Wemag sieht die Krise nicht ausgestanden

Im Sachen Beschaffung und Vertrieb war und ist die Lage für den Regionalversorger nach wie vor herausfordernd, betonte die Unternehmensführung. "Die Krise ist noch längst nicht vorbei und die Entwicklungen im Jahresverlauf sind nicht absehbar", so das Management mit Blick auf die gegenwärtig wieder beruhigten Großhandelspreise. "Besonders im Vertrieb ist die Lage unsicher", so Baumgart. Schließlich seien die Einkaufspreise für Strom und Erdgas nach wie vor "weit über dem Niveau von vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine". Gleichwohl werde jede mögliche Entlastung an die Kunden weitergegeben. Ohnedies sei es schon 2022 gelungen, die Preise trotz aller Marktverwerfungen "vergleichsweise günstig" zu halten.

Dividende geht Ergebnissprung nicht mit

Wegen der vom Vorstand skizzierten anhaltenden Unsicherheiten verzichtet die Wemag darauf, die Ausschüttungen an ihre Eigentümer entsprechend dem Ergebnissprung zu erhöhen. Stattdessen bleiben 25 Mio. Euro des Jahresüberschusses im Unternehmen. Wie im Vorjahr reicht die Wemag knapp 16 Mio. Euro an seine kommunalen Anteilseigner weiter. Dies sind vor allem die rund 200 Mitglieder des Kommunalen Anteilsringerverbands (KAV), die allesamt aus der Region im Mecklenburg-Vorpommern stammen und über den KAV knapp 75 Prozent an der Wemag halten. Die restlichen knapp 25 Prozent gehören der Thüga. /pa Von Philip Akoto

PERSONALIE

VKU: Lobo soll auf Götz folgen

Berlin (energate) - Der VKU ist bei der Suche nach einem neuen stellvertretenden Hauptgeschäftsführer offenbar fündig geworden. Nach energate-Informationen soll Kai Lobo die Nachfolge des ins Bundesverteidigungsministerium gewechselten Alexander Götz antreten. Der VKU wollte die Personalie auf Nachfrage der Redaktion noch nicht bestätigen. Eine Sprecherin erklärte, dass sich der VKU-Vorstand am 14. Juni mit der Besetzung des stellvertretenden Hauptgeschäftsführers beschäftigen werde. Bis zum Abschluss des Prozesses wird sich der Verband nicht weiter zur Personalie äußern, hieß es.

Der 44-jährige Politikwissenschaftler Lobo leitet aktuell das Politikteam des Heizungsherstellers Viessmann. Zuvor war er unter anderem stellvertretender Leiter des Hauptstadtbüros des Energiekonzerns Steag. Alexander Götz war nach knapp zwei Jahren beim VKU im Mai dieses Jahres als Abteilungsleiter für Infrastruktur und Umweltschutz ins Bundesverteidigungsministerium gewechselt. /kw Von Karsten Wiedemann

HAUPTVERSAMMLUNG

Ex-RWE-Chef Schmitz leitet Encavis-Aufsichtsrat

Hamburg (energate) - Der ehemalige Vorstandsvorsitzende des RWE-Konzerns, Rolf Martin Schmitz, hat einen neuen Posten in der Energiebranche übernommen. Der 65-Jährige bekleidet künftig den Vorsitz im Aufsichtsrat des Solar- und Windparkbetreibers Encavis. Schmitz übernehme zugleich den Vorsitz im Personal- und Nominierungsausschuss, wie das Hamburger Unterneh-



100% ERNEUERBARE FÜR ALLF.

GP JOULE ist in allen Teilen der Energie-Wertschöpfungskette aktiv: von der Erzeugung bis zur Nutzung. Wir beraten, finanzieren, projektieren, bauen und sorgen für den passenden Service. Wir produzieren und vermarkten Wind- und Solarstrom, grünen Wasserstoff und Wärme.

GP-JOULE.DE



men im Nachgang zur Hauptversammlung mitteilte. Schmitz, der auch ein Mandat für den Aufsichtsrat des Eon-Konzerns innehat, war von 2009 bis 2021 Mitglied des Vorstands der RWE AG, von Oktober 2016 als Vorstandsvorsitzender (CEO). Als Vorsitzender des Encavis-Aufsichtsrates folgt Schmitz auf den ehemaligen Eon-Vorstand Manfred Krüper, der auf den Stellvertreterposten rückt.

Wie Encavis weiter mitteilte, wird das Unternehmen für das vergangene Geschäftsjahr keine Dividende ausschütten. Die Aktionäre hätten "mit überwältigender Mehrheit von 99,27 Prozent" beschlossen, das komplette Periodenergebnis zugunsten weiteren Wachstums im Unternehmen zu belassen und die Gewinnbeteiligung zu streichen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Energiekrise sei bis Ende des Jahrzehnts ein starkes Wachstum des Erneuerbarenmarktes zu erwarten. Daran soll die Encavis AG teilhaben, hieß es zur Begründung. Für das Geschäftsjahr 2021 hatte Encavis noch knapp 50 Mio. Euro an Dividenden ausgeschüttet, wobei Teile der Aktionäre zugunsten neuer Aktien auf ihre Dividende verzichteten. /rb Von Rouben Bathke

+++KURZ NOTIERT+++

Yello wird Payback-Partner

Köln (energate) - Der Energieanbieter Yello nimmt am Bonusprogramm von Payback teil. Für den Abschluss eines Strom- oder Gastarifs von Yello erhalten Neukunden zum Start der Partnerschaft bis zu 5.000 Payback-Punkte, teilte die EnBW-Tochter gemeinsam mit Payback mit. Das Bonusprogramm zählt nach eigenen Angaben 31 Mio. Kunden. /am



STROM

ERNEUERBAREN-FÖRDERUNG

Erneuerbaren-Verband will Mengenförderung

Berlin (energate) - Sichere Einnahmen für Ökostromerzeuger nach dem Marktprämienmodell sind laut einem Gutachten für den Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) mit dem europäischen Beihilferecht vereinbar. Der Verband will eine Ausnahme für das Marktprämienmodell erwirken. Auf EU-Ebene wird derzeit eine verpflichtende Einführung von Contract-for-Differences (CfD) diskutiert. Dabei erhalten Ökostromanbieter einen bestimmten Strompreis beziehungsweise einen Korridor. Liegt der Marktpreis darunter, äußert sich dies in einer positiven Prämie. Liegt der Marktpreis allerdings darüber, muss der Ökostromanbieter die Differenz abführen (negative Prämie). Das vom BEE präferierte Marktprämienmodell sieht hingegen nur eine positive Prämie vor.

"Die erneuerbaren Energien werden immer günstiger, brauchen aber weiterhin eine stabile Marktgrundlage, die ihren Hochlauf absichert", sagte BEE-Präsidentin Simone Peter. Mit fortschreitendem Ausbau sei das im derzeitigen System nicht mehr der Fall,

weil der preissenkende Effekt der Erneuerbaren immer häufiger zu Zeitfenstern mit Strompreisen unter null Euro führt, in denen die Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren nicht gegeben ist. Daher hält auch der Verband eine Weiterentwicklung für notwendig. Er schlägt eine Mengenförderung vor. Das heißt, anstatt Ökostromanlagen über einen fixen Zeitraum von 20 Jahren zu fördern, soll eine bestimmte Energiemenge über die Förderung abgesichert werden. Peter erläuterte die Vorteile: "Das ermöglicht Betreibern und Betreiberinnen, die Stromeinspeisung zur Stabilisierung der Strompreise temporär zu reduzieren und anschließend kostenneutral nachzuholen." Negative Strompreise könnten so zudem verhindert werden, das System werde damit effizienter und insgesamt kostengünstiger.

"CfD untauglich"

Die derzeit diskutierten CfD seien hingegen ein "untaugliches Instrument", um eine vollständig erneuerbare Energiewirtschaft zu erreichen, kritisierte die BEE-Präsidentin. Eine verpflichtende Einführung von CfD auf EU-Ebene würde den Spielraum der Bundesregierung bei der Ausgestaltung eines nationalen Förderrahmens ebenso beschneiden wie die Vielfalt der erneuerbaren Marktprodukte.

Grundlage für das europäische Beihilferecht im Bereich der Energiewirtschaft sind die novellierten Leitlinien für staatliche Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfen 2021 der Kommission (KUEBLL) vom 18. Februar 2022. Diese regeln unter anderem die Voraussetzungen für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Die Leitlinien legen die Einführung von CfD nahe. In ihnen steht nämlich, dass bei erheblicher Unsicherheit über die Marktpreisentwicklung Rückforderungsmechanismen erforderlich sein können, um die Rentabilität zu begrenzen. Laut einem Gutachten der Kanzlei Raue für den BEE schließt dieser Passus aber andere Möglichkeiten nicht grundsätzlich aus. Das könnte etwa eine volumen- oder zeitanteilige Beschränkung, eine Verkürzung des Förderanspruchs bei hohen Strompreisen oder auch eine Übergewinnsteuer sein. /sd

Von Stefanie Dierks

POSITIONSPAPIER

BDEW fordert bessere Bedingungen für Agri-PV

Berlin (energate) - Eine kombinierte Nutzung von Flächen für Landwirtschaft sowie für PV-Freiflächenanlagen könnte einen wichtigen Beitrag zum beschleunigten Erneuerbarenausbau leisten. Das definierte Ausbauziel liegt bei 215.000 MW bis 2030. "Agri-PV bietet die Chance, die knappen Flächen optimal zu nutzen und damit Flächenkonkurrenzen zu überwinden", sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Allerdings sei der wirtschaftliche und regulatorische Rahmen für Agri-PV sowie andere besonderen PV-Anlagen wie schwimmende PV-Anlagen oder Photovoltaik auf Parkplätzen noch nicht zufriedenstellend. In einem Positionspapier hat der Verband nun zwölf Punkte identifiziert, um das PV-Potenzial auf Agrarflächen optimal zu nutzen. Unter anderem fordert der BDEW die Errichtung eines Sondersegments bei Erneuerbarenausschreibungen. In der Innovationsausschreibungsrunde im April 2022 hatte es ein eigenes Segment in Höhe von 150 MW für sogenannte besondere Solaranlagen gegeben, worunter zwölf Agri-PV-Projekte bezuschlagt wurden. Innerhalb der regulären Ausschreibungen kommen nur selten Agri-PV-Anlagen zum Zug. Dieser Trend setzte sich auch bei dem ersten Ausschreibungstermin im März 2023 fort, merkt der Branchenverband an: Von 245 bezuschlagten Geboten gab es nur zwei Agri-PV-Projekte. Diese Ausschreibungsmodalitäten seien nicht dafür geeignet, um das Potenzial zu heben, lautet das Fazit.

Auch für die Einführung eines Agri-PV-Bonus für kleine Anlagen macht sich der Verband stark. Der Vorschlag kommt vom Bundeswirtschaftsministerium, der BDEW fordert jetzt Klarheit zur Höhe.

"Benachteiligte Gebiete öffnen"

Angesichts der Flächenknappheit fordert der BDEW zudem eine Öffnung der sogenannten benachteiligten Gebiete für PV-Freiflächenanlagen sowie für Agri-P. Viele Bundesländer hätten dafür noch nicht die entsprechenden Verordnungen umgesetzt, kritisiert der Verband. Deshalb sollten insbesondere Flächenländer wie Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen dazu verpflichtet werden. Zugleich sei es wichtig, dass die Agri-PV-Flächen auch die Agrarwirtschaft erhalten bleiben.

Eine freiwillige Beteiligung der Bürger an Agri-PV-Projekten würden ebenfalls neue Impulse schaffen. Verzichten sollte der Gesetzgeber hingegen auf die wiederkeherende Nachweispflicht für besondere Solaranlagen. Dass die Betreiber gegenüber der Bundesnetzagentur alle drei Jahre die Kriterien für die "Doppelnutzung" nachweisen müssen, sei ein Hemmnis für die Technologie. Denn die Errichtung von großflächigen Solaranlagen erfordere Investitionen in Millionenhöhe. /am

Von Artjom Maksimenko

ADD-ON STROM

"Wir werden unseren Stromertrag aus PV-Dachanlagen verzwanzigfachen"

Berlin (energate) - Die Berliner Wohnungsbaugesellschaft Howoge plant eine PV-Offensive. Der gesamte Bestand sowie Neubauten sollen Dachanlagen bekommen. Geschäftsführer Ulrich Schiller gibt im Interview Einblick in das millionenschwere Vorhaben...

energate: Herr Schiller, um wie viel PV-Kapazität auf wie viel Dachfläche geht es bei den Ausbauplänen der Howoge und wie sieht der Zeitplan dazu aus?

Schiller: Wir haben bereits im Jahr 2016 unsere erste Mieterstromanlage auf einem Neubauprojekt installiert. Seitdem verfügen fast alle neu gebauten Quartiere der Howoge über PV-Anlagen rund 3.700 Mieterinnen und Mieter beziehen aktuell Strom vom eigenen Dach. Mit dem PV-Ausbau im Altbestand haben wir vor knapp zwei Jahren begonnen. Unser Ziel ist es, bis 2033 auf allen

Dächern, die es baulich zulassen, PV-Anlagen zu installieren. In Zahlen bedeutet das: Wir werden unseren aktuellen Stromertrag von 2,6 MW auf 50 MW verzwanzigfachen. Wenn wir den heutigen technischen Standard zugrunde legen, entspräche das einer technischen Fläche von 416.000 Quadratmetern beziehungsweise rund 60 Fußballfeldern. Dafür werden wir rund 71 Mio. Euro in die Hand nehmen.

energate: Wie funktioniert die Vermarktung - inwiefern setzen Sie auf ein Mieterstrommodell?

Schiller: Das Energiemanagement für unsere Bestände setzen wir innerhalb des Howoge-Konzerns um. Sämtliche Anlagen befinden sich in unserem Besitz und auch der Stromverkauf erfolgt in Eigenregie. Dabei setzen wir grundsätzlich auf das Mieterstrommodell und verkaufen den Howoge Grünstrom größtenteils an unsere Mieterinnen und Mieter. Für die Neubauquartiere funktioniert dieses Modell sehr gut - hier haben wir Abnahmequoten von durchschnittlich 80 Prozent. Dabei profitieren wir davon, dass bei einem Umzug die Bereitschaft hoch ist, den Stromanbieter zu wechseln. Gleichzeitig haben wir die Möglichkeit, das Mieterstrommodell im Vermietungsprozess direkt anzubieten und zu erklären.

energate: Wie sieht das bei den Bewohnenden im Bestand aus?

Schiller: Die Mieterinnen und Mieter im Altbestand sind bereits an einen Stromanbieter gebunden. Unsere Erfahrungen zeigen, dass die Wechselbereitschaft hier deutlich geringer ist. Um wirtschaftlich zu bleiben, werden wir den Strom hier auch ins öffentliche Netz einspeisen, bis die Nachfrage entsprechend steigt.

energate: Wie hat sich die Energiepreiskrise auf die Mieterstrommodelle ausgewirkt?

Schiller: Die Energiepreiskrise hat uns unsere Abhängigkeit von den Schwankungen des Marktes mehr als deutlich vor Augen geführt. Der Vorteil der Energiegewinnung am Gebäude ist, dass sie unabhängig von geopolitischen Ereignissen und damit preisstabil ist. Noch besteht der Howoge Grünstrom allerdings aus zwei Bestandteilen: aus PV-Strom sowie hinzugekauftem Ökostrom. Da im Zuge der Energiekrise dieser Strompreisbestandteil gestiegen ist, mussten auch wir unseren Strompreis moderat auf 35 Cent pro Kilowattstunde (bei 19 % MwSt.) erhöhen. Der Strom vom eigenen Dach wirkt sich aber dennoch deutlich preisdämpfend auf die Gesamtkosten aus.

energate: Die PV-Branche klagt über Fachkräftemangel und angespannte Lieferketten bei zeitgleich massiver Nachfrage. Inwiefern schlägt sich diese Marktgemengelage auf die Pläne der Howoge nieder?

Schiller: Der Fachkräftemangel sowie die Lieferthematik sind Themen, denen wir uns wie alle Unternehmen auf dem Markt stellen müssen. Natürlich setzen wir darauf, Fachkräfte direkt im Unternehmen zu binden. Allerdings werden wir nicht sämtliche Berufsgruppen abbilden können, sodass wir uns über Kooperationen

und Rahmenverträge Kapazitäten am Markt sichern. Wir arbeiten bereits seit Jahren sehr eng und konstruktiv mit den Berliner Stadtwerken zusammen. Die Stadtwerke verfügen über ausgewiesene Fachleute, die die Installation der Anlagen für uns übernehmen. Diese Zusammenarbeit sichert uns Zubaukapazitäten im einstelligen Megawattbereich. Damit nutzen wir über unsere gebundenen Firmen hinaus, die Schlagkraft eines ausgewiesenen Marktexperten.

Die Fragen stellte Philip Akoto.

ADD-ON STROM

Regelleistung und abschaltbare Lasten in der Konsultation

Bonn (energate) - Die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur konsultiert zwei neue Festlegungen. Zum einen ist dies die Festlegung zur Regelleistung, zum anderen die Festlegung zu abschaltbaren Lasten. Beide adressieren die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB).

Die Festlegung zu abschaltbaren Lasten (BK8-22/002-A) ist neu, wie die Bundesnetzagentur auf Anfrage erläuterte. Dabei geht es um die Verfahrensregulierung für die marktliche Beschaffung eines Systemdienstleistungsprodukts im Echtzeitbereich aus abschaltbaren Lasten. Die Beschlusskammer nutze hier das schon bisher vorhandene Instrument einer "Verfahrensregulierung" durch freiwillige Selbstverpflichtung der ÜNB, um ein neue Systemdienstleistungsprodukt zu beschreiben und in den Kosten abbildbar zu machen.

Die Festlegung zur Regelleistung (BK8-23/004-A) hat ein Vorbild in der laufenden Anreizregulierungsperiode und beinhaltet im Wesentlichen die Fortschreibung für die nächste. Hierbei geht es um eine Verfahrensregulierung der Kosten und Erlöse beziehungsweise Erträge aus der Beschaffung und Vergütung von Regelleistung unter Berücksichtigung von Anreizelementen. /sd



GAS & WÄRME

"WESTKÜSTE100"

Zwischenlösung für Wasserstoffbeimischung in Heide

Heide/München (energate) - Wegen regulatorischer Unsicherheiten fällt das Teilprojekt "Grüner Heizen" im Wasserstoff-Reallabor "Westküste100" kleiner aus als geplant. Anstelle des geplanten 30-MW-Elektrolyseurs nutzen die Projektpartner von der Thüga und den Stadtwerken Heide jetzt einen bereits vorhandenen Elektrolyseur mit einer Leistung von 312 kW . "Die Kapazitäten dieses kleinen Elektrolyseurs reichen für unser Vorhaben aus, Wasserstoff in einen Netzabschnitt der Stadtwerke beizumischen", sagte Stefan Vergo, Geschäftsführer der Stadtwerke Heide.

Aufgrund der regulatorischen Unsicherheiten sei eine endgültige Investitionsentscheidung für die Megawatt-Elektrolyse auf dem Gelände der Raffinerie Heide derzeit nicht möglich. In Absprache mit dem Projektträger, dem Forschungszentrum Jülich, wurde daher eine Zwischenlösung entwickelt, um weitere Verzögerungen zu vermeiden. Der kleinere Elektrolyseur steht auf dem Gelände der Stadtwerke und wurde der Entwicklungsagentur Region Heide im Rahmen der Projektinitiative "Entree100" als Forschungselektrolyse vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg übertragen. Er wird von den Stadtwerken betrieben und für verschiedene Forschungsprojekte in der Region genutzt.

Wasserstoff-Beimischung startet zum Winter 2024/25

Im Projekt "Grüner Heizen" wollen die Stadtwerke Heide zusammen mit der Thüga nachweisen, dass die Komponenten eines modernen Erdgasbestandsnetzes inklusive der Installationen in den Haushalten in der Praxis alle Anforderungen für die Einspeisung von Wasserstoff erfüllen. Geplant ist eine Beimischung von bis zu 20 Volumenprozent, die zur Heizsaison 2024/25 starten soll. Rund 200 Haushalte in Heide werden dann mit einem Erdgas-Wasserstoffgemisch versorgt. Installateure des Forschungsinstituts DBI Gas- und Umwelttechnik GmbH untersuchen in Kooperation mit Stadtwerkemitarbeitern die Geräte in den Haushalten einzeln auf Funktion und Wasserstoff-Verträglichkeit. /tc

+++ KURZ NOTIERT +++

Von Thorsten Czechanowsky

Hansewerk tritt Ines bei

Berlin (energate) - Die norddeutsche Hansewerk AG ist der Initiative Energien Speichern (Ines) beigetreten. Als Betreiberin des Erdgasspeichers Kraak in Mecklenburg-Vorpommern kooperiert Hansewerk seit 2022 mit Ines. Damals ging es um die Umsetzung des Gasspeichergesetzes. Als Lobbyverband der Betreiber von Gasund Wasserstoffspeichern in Deutschland zählt Ines damit aktuell 15 Mitgliedsunternehmen, die nach eigenen Angaben rund 90 Prozent der deutschen Gasspeicherkapazitäten besitzen. Ursprünglich als Interessenverband der Erdgasspeicherbetreiber gegründet, bringt Ines sich seit geraumer Zeit auch in den Bereichen Wasserstoffwirtschaft und erneuerbare Gase ein. /bo

Von Beatrice Oster

STATISTIK

Heizen um bis zu elf Prozent teurer

München (energate) - Durch die CO2-Abgabe verteuert sich das Heizen mit Gas oder Heizöl in diesem Jahr um bis zu elf Prozent. Das hat das Vergleichsportal Check 24 errechnet. Demnach erhöht sich der Heizölpreis 2023 um elf Prozent, das entspricht rund 189 Euro Mehrkosten für eine Musterfamilie mit einem jährlichen Verbrauch von 2.000 Litern. Damit liegt die Preissteigerung über der von Gas: Hier kommen fünf Prozent oder rund 128 Euro hinzu - bei einem Verbrauch von 20.000 kWh. Grund dafür ist, dass eine Gasheizung weniger CO2 emittiert als das Heizen mit Öl.

Die CO2-Abgabe liegt aktuell bei 30 Euro pro Tonne, es folgen 35 Euro im nächsten Jahr und 45 Euro im Jahr 2025. Bis 2026 resultiert daraus eine Preissteigerung bei Heizöl um 23 Prozent, bei Gas um 13 Prozent. Auf dem Großhandelsmarkt sind die Preise für fossile Brennstoffe aktuell dagegen vergleichsweise niedrig: Öl kostete im Mai um 49 Prozent weniger als zum Peak im Herbst 2022, Gas mit 25 Euro/MWh (European Gas Spot Index THE) sogar um 80 Prozent weniger als im Durchschnitt des Vorjahres. /dz Von Daniel Zugehör

ADD-ON GAS & WÄRME

Polnischer Netzbetreiber setzt auf Wasserstoff und CCS

Warschau (energate) - Der Vorstandsvorsitzende des polnischen Fernleitungsnetzbetreibers Gaz-System, Marcin Chludzinski, plant den Einsatz von Wasserstoffspeichern in Polen. Sie sollen den Transport von Wasserstoff entlang des geplanten nordischbaltischen Wasserstoffkorridors von Skandinavien bis nach **Deutschland stabilisieren.** Darüber hinaus arbeitet Gaz-System an der Schaffung von Normen für die Durchleitung und Beimischung von Wasserstoff und Technologien zum Carbon Capture and Use/ Storage (CCUS).

"In ganz Europa werden aktuell Studien zur H2-Transportfähigkeit des Netzes unter verschiedenen Gesichtspunkten durchgeführt und Gaz-System beteiligt sich aktiv an diesen Studien", erklärte Chludzinski in einem Gespräch mit dem polnischen Energiefachportal Biznesalert. "Wir können neue Pipelines für den Transport von Wasserstoff bauen oder über Techniken nachdenken, um bestehende Pipelines für den Transport von Wasserstoff anzupassen."

Die lokale Speicherung des Gases in Polen durch die Nutzung von Salzkavernen, über die Polen aufgrund der geologischen Struktur zahlreich verfügt, sei eine weitere Möglichkeit. Eine entsprechende nationale Strategie ist in Vorbereitung. "Die Tschechische Republik und Bulgarien sind bereits dabei, Regierungsdokumente für den Bau der ersten CO2-Speicher vorzubereiten. Solche Möglichkeiten entscheiden heute über das Sein oder Nichtsein der Schwerindustrie, die sehr unter den Kosten der Kohlendioxidemissionen leidet", so Chludzinski.

Wasserstoffkorridor für den Ostseeraum

Gaz-System hat am 14. Dezember 2022 ein Kooperationsabkommen für die Entwicklung des Nordisch-Baltischen Wasserstoffkorridors unterzeichnet. Mitunterzeichner sind Gasgrid Finland, Elering, Conexus Baltic Grid, Amber Grid und die deutsche Ontras. "Der Korridor ermöglicht den Transport des im Ostseeraum hergestellten grünen Wasserstoffs zu den energieintensiven Industrieclustern entlang des gesamten Korridors bis nach Zentraleuropa. Darüber hinaus könnte durch den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur im Ostseeraum ein starker Wasserstoffmarkt

entstehen, der den Zugang zu weithin verfügbaren und wettbewerbsfähigen erneuerbaren Energiequellen ermöglicht", heißt es im Pressekommuniqué von Gaz-System. Die Entstehung und der Ausbau des Nordisch-Baltischen Wasserstoffkorridors wird von Brüssel gefördert. Die konkrete Liste der PCI-Wasserstoffprojekte, die im Zusammenhang mit dem Korridor umgesetzt werden, soll im Herbst 2023 von der Europäischen Kommission vorgelegt werden. Dort aufgeführte Projekte können mit einer EU-Förderung von bis zu 75 Prozent der Kosten rechnen.

Polen erarbeitet Strategie zur CO2-Abscheidung

"Uns geht es auch um CCUS. Es gibt verschiedene Konzepte, aber es muss geprüft werden, welche davon rentabel sind", so Chludzinski weiter. Unter dem Dach des polnischen Klimaministeriums wird bereits an mehreren Projekten zum Auffangen, Nutzen und Speichern von CO2 gearbeitet. Stellvertretender Minister Piotr Dziadzio erklärte in dem Zusammenhang bei einer Fachveranstaltung Mitte April, dass an einer maßgeschneiderten Strategie für die Entwicklung von CCUS-Technologien in Polen gearbeitet wird.

Dziadzio erhofft sich von CCUS eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft. Das Auffangen, Nutzen und Speichern von Kohlendioxid soll einen erheblichen Beitrag zum Dekarbonisierungsprozess der polnischen Wirtschaft leisten. "Außerdem ist das gespeicherte CO2 ein Rohstoff, der zum Beispiel für die Herstellung von synthetischen Kraftstoffen verwendet werden könnte", sagte Dziadzio vor dem Fachpublikum im Energiezentrum der AGH Universität für Wissenschaft und Technologie in Krakau. Der Vize-Minister betonte aber auch, dass die Speicherung von Kohlendioxid Änderungen an dem aktuell geltenden Geologie- und Bergbaugesetz erfordert. / Aleksandra Fedorska

ADD-ON GAS & WÄRME

Storengy vermarktet zwei Gasspeicherprodukte

Berlin (energate) - Storengy Deutschland vermarktet zwei Speicherprodukte mit einem Arbeitsvolumen von insgesamt rund 900 GWh. Im Speicher Peckensen ist für das Speicherjahr 2024 ein Arbeitsgasvolumen von 403,2 GWh verfügbar, aufgeteilt in vier Speicherbündel von je 100,8 GWh. Die Einspeicherleistung liegt bei 70 MWh/h, die Ausspeicherleistung bei 191 MWh/h, entsprechende Kennlinien gilt es zu beachten.

Das virtuelle Produkt Schmidhausen deckt die Speicherjahre 2024 und 2025 ab und kommt auf insgesamt 499,2 GWh Arbeitsgasvolumen in fünf Bündeln je 99,84 GWh. Die Eispeicherleistung liegt bei 26 MWh/h, die Ausspeicherleistung bei 80 MWh/h. Beide Vermarktungen zum Fixpreis finden jeweils an einem Tag zwischen dem 13. und 30. Juni statt. Das genaue Auktionsdatum für die jeweilige Vermarktung wird Storengy spätestens am Vortag bis 13.00 Uhr bekannt gegeben. /mt

Von Michaela Tix



* NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

KOOPERATION

Neue Prosumer-Lösung als White Label

Hamburg/Dresden (energate) - Die Lichtblick Ison und der Software-Anbieter Kiwigrid bringen gemeinsam ein All-in-One-Stromprodukt auf den Markt, das speziell für Prosumer konzipiert ist. Die Lösung beinhaltet ein Energiemanagementsystem (HEMS), das die Hardware im Haushalt etwa Photovoltaik, Speicher, E-Fahrzeug oder Wärmepumpe integriert und steuert. Über die Software stellen die Partner zudem ein Handelsschnittstelle zur Verfügung, die eine Direktvermarktung des erzeugten Solarstroms ermöglicht. Der dazugehörige Reststromtarif ist börsengekoppelt und dynamisch ausgerichtet, sodass die Verbraucher anhand von Verbrauchs- und Erzeugungsprognosen ihren Stromverbrauch optimieren können.

"Virtual-Utility-Provider-Lösung"

Ab dem kommenden Jahr soll das Produkt anderen Marktteilnehmern als "Virtual-Utility-Provider-Lösung" (VUP) zur Verfügung stehen, teilten die beiden Unternehmen mit. Beispielhaft nennen die Partner Hersteller und Großhändler aus dem Photovoltaikbereich, aber auch Energieversorger als Zielgruppe. "Diese Partnerschaft ist ein Meilenstein für die dezentrale Energiewende und ermöglicht die komplette Wertschöpfung von Installation über preisoptimierte Lastverschiebung bis zur Abrechnung dynamischer Tarife mit Smart-Meter-Technologie", erklärte Ison-Geschäftsführer Sebastian Mahlow.

Kiwigrid steuert in der Kooperation die Energiemanagement-Software bei, die sämtliche Stromflüsse transparent macht und steuert. Die Lichtblick-Tochter Ison stellt die Energieprognosen bereit und übernimmt die Direktvermarktung des überschüssigen Solarstroms ebenso wie die Abrechnung der dynamischen Tarife. Die Partner sehen großes Marktpotenzial für ihre Lösung: Mehr als 10 Millionen Eigenheime in Deutschland hätten die Voraussetzungen, als Prosumer-Haushalt am Energiemarkt zu partizipieren. /rb Von Rouben Bathke

WACHSENDE NACHFRAGE

Daimler gründet Tochter für Flottenelektrifizierung

Neu-Ulm (energate) - Der Fahrzeugbauer Daimler hat eine neue Tochtergesellschaft ausgegliedert: die Daimler Buses Solutions. Gemeinsam mit Partnern werde das Unternehmen künftig E-Busse und Infrastruktur für den Betriebshof aus einer Hand anbieten, teilte Daimler mit. Das beinhalte Baumaßnahmen, Elektroinstallationen, Ladegeräte, Batteriespeicher, Lademanagementsystem und weitere digitale Dienste. Analog dazu will der Konzern künftig auch sämtliche Services und die Infrastruktur für Wasserstoffbusse anbieten. Dabei arbeite Daimler mit unterschiedlichen Partnern - auch aus der Energiebranche - zusammen, erläuterte ein Konzernsprecher auf Nachfrage, ohne Namen zu nennen.

Daimler begründet den Schritt mit der wachsenden Nachfrage: "Die Bündelung aller Aktivitäten in einer eigenen schlagkräftigen Geschäftseinheit ist ein wichtiger Meilenstein, um unser Serviceangebot optimal auf die Zukunft auszurichten." Flottenbetreiber können im Vorfeld ihren Bedarf ermitteln lassen. Dazu schickt der Konzern Berater, die anhand der jeweiligen Kundendaten Betriebs- sowie Ladekonzepte erstellen. Daimler Buses Solutions ist eine hundertprozentige Tochter von Daimler Buses, einer Geschäftseinheit von Daimler Trucks. Daimler Buses hat sich unter anderem das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 in jedem Segment Modelle auf der Basis von Batterien oder Wasserstoff anzubieten. /dz Von Daniel Zugehör

ADD-ON NEUE MÄRKTE

"Die Digitalisierung der Netzinfrastruktur muss oberste Priorität haben"

Köln (energate) - Die hohe Nachfrage nach Netzanschlüssen sorgt derzeit für lange Bearbeitungszeiten bei den zuständigen Netzbetreibern. energate sprach mit Simon Koopmann, CEO des Smart-Grid-Anbieters Envelio darüber, wie sich dieser Prozess beschleunigen lässt und die Rolle digitaler Lösung beim Ausbau der Verteilnetze.

energate: Herr Koopmann, viele Netzbetreiber stehen aktuell vor großen Herausforderungen, mit der hohen Zahl an Netzanschlussbegehren Schritt zu halten. Manch Hausbesitzer und Projektierer muss lange auf den Netzanschluss der Photovoltaikanlage warten. Warum gestaltet sich dieser Prozess häufig so zeitaufwändig?

Koopmann: Hier kommen verschiedene Faktoren zusammen. Zum einen ist die Anzahl der Anschlussanfragen, insbesondere für PV-Anlagen und Ladepunkte für Elektroautos, in den letzten Monaten massiv gestiegen. Gleichzeitig existieren häufig noch manuelle Prozessschritte und Systembrüche, gerade bei der Abwicklung von Netzverträglichkeitsprüfungen im Netz. Zum anderen stoßen die Netze auch häufiger an ihre Kapazitätsgrenzen, so dass Anschlüsse nicht mehr wie in der Vergangenheit pauschal zugesagt werden können. Dies führt dazu, dass die Netzverträglichkeitsprüfung langwieriger und die Wartezeit bis zur Anschlusszusage häufig deutlich länger wird.

energate: Wie lässt sich der Prozess des Netzanschlusses Ihrer Erfahrung nach beschleunigen?

Koopmann: Ein einheitlicher digitaler Standard für einen Netzanschlussantrag wäre definitiv sinnvoll. Immerhin gibt es in Deutschland fast 900 verschiedene Netzbetreiber, die oft unterschiedliche Anträge und Portale einsetzen. Auf Seiten der Netzbetreiber ist klar, dass die Prozesse automatisiert ablaufen müssen. Dazu bedarf es geeigneter Software, die einen digitalen Zwilling des Verteilnetzes

bereitstellt und die Auswirkungen neuer dezentraler Anlagen oder Lasten auf das Netz teil- oder vollautomatisch bewertet. Wir konnten bei Netzbetreibern unterschiedlicher Größe zeigen, dass durch den Einsatz von Automatisierung erhebliche Effizienzsteigerungen bei der Durchführung von Netzverträglichkeitsprüfungen erzielt werden können und damit ein kaum zu bewältigender Personalaufbau in den Anschlussteams vermieden wird.

energate: Das Thema Netzanschluss ist nur eines unter vielen, das die Relevanz digitaler Lösungen im Netzbetrieb aufzeigt. Welchen Stellenwert würden Sie der Umrüstung auf digitale Technik beimessen, wenn es um die Zukunftsfähigkeit der Netze geht?

Koopmann: Die Digitalisierung der Netzinfrastruktur muss oberste Priorität haben. Denn die dezentrale Energiewende verändert das gesamte Energiesystem. Dieser Wandel hin zu intelligenten und flexiblen Netzen erfordert eine Modernisierung und vor allem Digitalisierung in allen Bereichen der Netzplanung und des Netzbetriebs. Ich bin überzeugt, dass wir mit datenbasierten und automatisierten Prozessen, die durch digitale Lösungen ermöglicht werden, Netzanschlussverfahren beschleunigen, die Netzplanung effizienter und die Betriebsführung flexibler gestalten können. Diese Lösungen existieren glücklicherweise bereits und werden in vielen Gebieten - auch außerhalb des Netzanschlussbereichs - eingesetzt und zeigen, wie die Zukunft unserer Netze aussehen kann. Beim Einsatz unserer Smart-Grid-Software, der Intelligent Grid Platform, beobachten wir - nicht nur im deutschen Markt, sondern europaweit - eine beeindruckende Optimierung auf Seiten der Netzbetreiber, sowohl was den Aufwand und die Geschwindigkeit als auch die Kosten der verschiedenen Prozesse betrifft. Der anstehende flächendeckende Smart-Meter-Rollout wird hier sicherlich als Katalysator wirken und diese Lösungen weiter verbessern. Wichtig ist, dass digitale Lösungen jetzt schnell und flächendeckend ausgerollt werden.

Die Fragen stellte Rouben Bathke.



BÖRSENHANDEL

Gutachten erhebt Vorwürfe gegen Wien Energie

Wien (energate) - Ein neues Gutachten zur Wien Energie sorgt für Aufregung. Dem Dokument zufolge sollen dem Versorger durch das auf Börsenhandel ausgelegte Geschäftsmodell Erlöse in Höhe von 910 Mio. Euro entgangen sein. Zudem seien dadurch Mehrkosten in der Höhe von rund 377 Mio. Euro entstanden, die an die Kunden und Kundinnen des Versogers weitergebenen wurden, teilte das Finanzombudsteam von Gerald Zmuegg als Auftraggeber des Gutachtens mit. Wien Energie - der das Gutachten bisher nicht vorliegt - wies die Vorwürfe als "völlig haltlos, irreführend und falsch" zurück. Zudem habe der Wirtschaftsprüfer KPMG die Bilanz 2022 samt aller Geschäftstätigkeiten mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen, so der Versorger.

Der Fall wurde an die Rechtsabteilung weitergeleitet und das Unternehmen behalte sich rechtliche Schritte vor, erklärte eine Sprecherin gegenüber energate. Das Finanzombudsteam ließ über einen Sprecher mitteilen, dass das Dokument "in den nächsten Tagen" zur Gänze veröffentlicht werde. Der beauftragte Sachverständige Oliver Lintner erklärte gegenüber energate, dass er alle Unterlagen für das Gutachten von Herrn Zmuegg erhalten habe. Für weitere Auskünfte verwies er an seinen Auftraggeber.

Bereits Gutachten zur Wien Energie

Es ist nicht das erste Mal, das ein von Zmuegg beauftragtes Gutachten des Sachverständigen Lintner bei Wien Energie für Irritationen sorgt. Ein Mitte März des Jahres veröffentlichtes Dokument kritisierte die Strompreisgestaltung des Wiener Versorgers. Auch die Vorwürfe in diesem Gutachten wies Wien Energie damals entschieden zurück. Das Finanzombudsteam vertritt laut eigenen Angaben hunderte Unternehmen, die von den hohen Energiekosten der Wien Energie betroffen sind. /af

Von Alexander Fuchssteiner

ENERGIEPOLITIK

Gewessler: SPÖ soll Blockade im Nationalrat beenden

Wien (energate) - Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) hat die SPÖ aufgefordert, ihre Blockade im Nationalrat zu beenden. Derzeit boykottieren die Sozialdemokraten aus Protest gegen fehlende Anti-Teuerungsmaßnahmen alle Gesetzesinitiativen der Bundesregierung (ÖVP/Grüne). Da laut Verfassung eine Zweidrittelmehrheit für die Beschlüsse erforderlich ist, scheitern Vorhaben wie zuletzt das Energieeffizienzgesetz an der fehlenden Mehrheit. Bei dem seit langem ausständigen Erneuerbaren-Wärme-Gesetz (EWG) sei das Veto der sozialdemokratischen Partei "doppelt bitter", da es besonders Menschen mit geringen Einkommen treffe, sagte Gewessler.

Abfuhr von SPÖ

Der fälschlicherweise als neuer SPÖ-Parteichef nominierte Hans Peter Doskozil erteilte Gewessler umgehend eine Absage. Aufgrund der fehlenden Einbindung der Sozialdemokratie bei den betreffenden Gesetzesvorhaben bleibe die Blockade aufrecht, sagte Doskozil im ORF. Die Ministerin könne nicht beim EWG die Zusammenarbeit der Opposition einfordern, aber diese bei Themen wie Stromund Gaspreisen ignorieren. Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt, dass es beim SPÖ-Bundesparteitag am Wochenende zu einem Auszählungsdebakel kam und die Stimmen vertauscht wurden. Andreas Babler erhielt die meisten Stimmen und ist somit neuer Parteichef, gab am Montagabend die Vorsitzende der Wahlkommission bekannt.

SPÖ-Energiesprecher Alois Schroll kritisiert, dass die Regierung es nicht schaffe, die Preise im Land zu senken oder praktikable Vorschläge gegen die Klimakrise auf den Tisch zu legen. Schroll nennt als Beispiel dafür, eine Einladung der Regierungen zu EWG-Verhandlungen, die bereits drei Monate zurückliegt. "Das verdeutlicht, mit welcher Ambitions- und Kompromisslosigkeit die Regierung gegen die größten Krisen der Menschen vorgeht", so Schroll.

Erneuerbarenausbau blockiert

"Wenn sowohl in Klima- als auch in Energiefragen nichts weitergeht, ist es ein bisschen billig, zu sagen, alle anderen sind schuld", kommentierte Neos-Klimasprecher Michael Bernhard. Was macht die Energieministerin gegen den Arbeitskräftemangel, der den Ausbau der Erneuerbaren gerade am stärksten bremst, so seine rhetorische Frage. Als Verantwortliche sei es ihre Aufgabe, diese Probleme zu lösen und sich dafür Mehrheiten zu suchen. /imk Von Irene Mayer-Kilani

TARIFVERGLEICH

Bundesregierung will Stromkunden stärker unterstützen

Wien (energate) - Die Bundesregierung (ÖVP/Grüne) will Verbraucher und Verbraucherinnen dabei unterstützen, passende und günstige Stromprodukte zu finden. Eine entsprechende Gesetzesinitiative haben die Koalitionsparteien im Wirtschaftsausschuss vorgelegt. So soll etwa der Tarifkalkulator der E-Control für Verbraucher und Verbraucherinnen verbessert werden. Hierzu sollen Stromhändler und Lieferanten verpflichtet werden preisrelevante Daten ihrer Standardprodukte unverzüglich der Regulierungsbehörde für die Eingabe in den Tarifkalkulator zu übermitteln, teilte der Pressedienst des Parlaments mit.

Die Verpflichtung soll für Stromanbieter gelten, die mindestens drei Prozent der Verbraucher und Verbraucherinnen sowie Kleinunternehmen versorgen. Auch sollen die Stromanbieter über ein bevorstehendes Ende von Bindungsfristen und über Wechselmöglichkeiten informieren. In diesem Schreiben sollen Lieferanten wenn vorhanden - zusätzlich auf ein günstigeres Produkt in ihrem Portfolio hinweisen.

Zweidrittelmehrheit notwendig

Auch sieht die Gesetzesinitiative vor, das Anpassungen der Teilbeträge nicht erst bei der Jahresabrechnung vorgenommen werden. Teilbeträge von Kunden und Kundinnen mit einem Jahresverbrauch von bis zu 100.000 kWh sollen zumindest halbjährlich auf Grundlage ihres aktuellen Verbrauchs eine Anpassung des Entgelts erhalten. Kunden und Kundinnen mit installierten Smart Metern sollen zudem das Wahlrecht zwischen einer monatlichen und einer jährlichen Abrechnung bekommen.

Die Vorlage sieht dahingehend Änderungen im Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz vor, die im Verfassungsrang stehen. Daher ist im Plenum eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Zuletzt scheiterte die Reform des Energieeffizienzgesetzes an der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Nationalrat. Die stimmenstärkste Oppositionspartei SPÖ verwehrt derzeit Gesetzesinitiativen der Bundesregierung ihre Zustimmung. Die Blockadehaltung soll so lange aufrecht bleiben, bis die Bundesregierung weitere Anti-Teuerungsmaßnahmen umsetzt, erklärten die Sozialdemokraten.

Kritik an einseitiger Bewerbung

Kritik an der Gesetzesinitiative kommt von der Vergleichsplattform Durchblicker. Nur den Vergleichsrechner der E-Control zu bewerben und damit die privaten Online-Vergleichsportale zu schwächen, würde dem Wettbewerb schaden, meinte das Online-Portal. Jede Vergleichsplattform biete unterschiedliche Vorteile. "Bei Strom und Gas sind wir die größte Wechselplattform", sagte Martin Spona, Leiter des Verbraucherservice bei Durchblicker. Laut Spona wechselt jeder dritte Energiekunde in Österreich seinen Lieferanten über das Portal. /af Von Alexander Fuchssteiner

ERNEUERBARENAUSBAU

Verdreifachung bei PV-Ausbau in Niederösterreich

Maria Enzersdorf (energate) - Die Nachfrage nach PV-Anlagen in Niederösterreich ist weiterhin groß. Im Mai 2023 wurden 4.600 Fertigmeldungen bei Solaranlagen verzeichnet, teilt die Netz NÖ mit. Das sind dreimal so viele Anfragen wie im Mai 2022. Im Vorjahr waren es 1.600 PV-Anlagen. Der "Trend der Verdreifachung" setze sich fort, sagte EVN-Vorstandsdirektor Franz Mittermayer. Nach Einschätzung der Energie- und Umweltberatung Niederösterreich wird im Bundesland jährlich eine Mio. MWh PV-Strom produziert und rund jeder dritte Privathaushalt wird damit versorgt.

Netze sind gefordert

Netz NÖ meldet aktuell mehr als 5.100 Netzzugangsanträge. Derzeit befinden sich rund 25 Prozent der österreichischen Sonnenkraftwerke in Niederösterreich. Mit mehr als 80.000 PV-Anlagen liegt das Bundesland an der Spitze und liefert ein Viertel des gesamten PV-Stromes im Land. Eine neue Förderung des Landes für PV-Überdachungen schafft laut EVN einen zusätzlichen Antrieb. Vier Mio. Euro stellt das Land dabei Gemeinden, Unternehmen, Vereine zur Verfügung. /imk

Von Irene Mayer-Kilani

Polizei testet Einsatz von E-Autos

Wien (energate) - Die österreichische Polizei testet den Einsatz von E-Autos im Polizeidienst. Ein wesentliches Ziel sei dabei die Emissionsreduktion der Dienstwagenflotte. Dafür erhält die Exekutive insgesamt 23 E-Fahrzeuge, die ihre Praxistauglichkeit in den Bundesländern Wien, Niederösterreich sowie Salzburg und Tirol unter Beweis stellen sollen. Der Einsatz der E-Autos wird dabei ab Herbst im Rahmen einer Studie unter Beteiligung des Austrian Institut auf Technology (AIT) begleitet. Dies teilte Peter Skorsch, Gruppenleiter für Fahrzeugwesen im Bundesministerium für Inneres (BMI), bei einer Pressekonferenz in Wien mit. Laut einer 2020 durchgeführten Studie können E-Fahrzeuge im Polizeidienst eingesetzt werden, vorab ist aber ein breit angelegter Praxistest notwendig, erklärte Skorsch.

Die Polizei erhielt die E-Fahrzeuge bereits jetzt, um sich auf den Start der Studie im Herbst vorzubereiten. Zum Einsatz kommen 22 Fahrzeuge des Typs Volkswagen ID3 und ID4 sowie ein Porsche Taycan. Ziel des Praxistest ist es, die Fahrzeuge unter verschiedensten Bedingungen - etwa für einen Einsatz in städtischen, ländlichen sowie gebirgigen Gebieten - zu testen. Dabei soll der Test ganzjährig auch unter verschiedenen klimatischen Bedingungen stattfinden. Insgesamt verfügt die österreichische Polizei über mehr als 6.000 Fahrzeuge. Die jährliche Fahrleistung beträgt rund 130 Mio. Kilometer. /af

Von Alexander Fuchssteiner

Auch unterwegs immer auf dem neuesten Stand!

Mit dem ener|gate messenger haben Sie Zugriff auf laufend aktualisierte Nachrichten per Web & App.

Jetzt mehr erfahren!

